



***UNSER
PROGRAMM
FÜR SALZBURG***

SPÖ



Liebe Salzburgerinnen und Salzburger!

Wir stehen vor einer wichtigen Entscheidung. Soll in Salzburg alles so bleiben, wie es ist? Oder wollen wir die Explosion der Wohnpreise stoppen? Wollen wir Salzburg familienfreundlicher machen? Wollen wir das tägliche Verkehrschaos auf den Straßen beenden?

Meine Vision ist ein modernes und gerechtes Salzburg. Ein Land, in dem sich junge Menschen wieder aus eigener Kraft eine Zukunft aufbauen können. Wo man sich auf die Infrastruktur verlassen kann – von den Öffis bis zur Gesundheitsversorgung. Ein Salzburg, das die Klimakrise ernst nimmt.

Nach zehn Jahren Stillstand in der Landespolitik ist es höchst an der Zeit für eine Rückkehr der Sozialdemokratie in die Landesregierung. Wir wollen Verantwortung übernehmen und gestalten. Aber nicht um jeden Preis. Die Voraussetzung ist, dass eine Landesregierung mit Beteiligung der SPÖ auch inhaltlich eine unverkennbar sozialdemokratische Handschrift trägt. Demokratie lebt von Kompromissen, aber nicht vom Umfallen.

Salzburg kann mehr.

Mit Ihrer Stimme können wir bei der Landtagswahl am 23. April 2023 für neue Mehrheiten sorgen. Ich ersuche um Ihre Unterstützung!

David Egger

TEUERUNG

Salzburg ist teuer und wird immer teurer. Das ist für uns alle keine Neuigkeit. Neu ist jedoch, wie schnell die Preise steigen. Zum letzten Mal war die Inflation im Jahr 1974 so hoch wie jetzt. Angesichts der in Salzburg ohnehin hohen Wohn- und Lebenshaltungskosten und der unterdurchschnittlichen Einkommen trifft uns die Explosion der Preise besonders hart. Um die Lage wieder in den Griff zu bekommen und den sozialen Frieden zu schützen, sind alle politischen Ebenen gefordert. Dafür braucht es einen mutigen Staat, der radikal in die Märkte eingreift. Auf EU-Ebene muss vorübergehend das Merit-Order-Prinzip ausgehebelt werden. Stattdessen sollen die EU-Mitgliedsstaaten gemeinschaftlich Gas einkaufen und zu einem geschützten Preis weitergeben. Auf bundespolitischer Ebene muss Reichtum endlich besteuert werden, die Steuern auf Arbeit müssen gesenkt werden. Das Klimaticket soll zum halben Preis um rund 530 Euro im Jahr angeboten werden. Wie in Deutschland braucht es einen Gaspreisdeckel. Die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, Energie und Treibstoff soll vorübergehend gestrichen werden.

Doch auch die Landespolitik steht in der Verantwortung, im Rahmen ihrer Kompetenzen den Anstieg der Preise zu bremsen und die Menschen in Salzburg finanziell zu entlasten.

Zufallsprofite der Salzburg AG abschöpfen

Als öffentliches Unternehmen mit Rekordgewinnen hat die Salzburg AG eine besondere Verantwortung. Wir fordern, dass die Zufallsprofite an die Bevölkerung zurückfließen. Von der Salzburg AG erzeugter Strom soll zum Produktionspreis an die Bevölkerung weitergegeben werden.

200 Euro Salzburger Energiebonus aus Dividenden der Salzburg AG

Land und Stadt Salzburg halten gemeinsam 73,87 Prozent der Unternehmensanteile an der Salzburg AG. Solange die Inflation nicht unter Kontrolle ist, muss die öffentliche Hand die Gewinnausschüttung für die finanzielle Entlastung der Haushalte aufwenden.

Wohnbeihilfe & Co. erhöhen

Alle Landesförderungen müssen im Ausmaß der realen Teuerung erhöht und künftig jährlich valorisiert werden.

Heizkostenzuschuss ausweiten

Wir wollen die maximale Fördersumme verdoppeln. Die Einkommensgrenze soll auf die Höhe der Armutsgefährdungsschwelle angehoben und die Antragstellung ganzjährig ermöglicht werden.

 *Unser Druck hat sich ausgezahlt. Der Heizkostenzuschuss wird noch vor der Landtagswahl von 300 Euro auf 600 Euro erhöht.*

Jetzt entlasten!

Angefangen bei unserer Forderung nach einem 9-Euro-Ticket, gratis Kinderbetreuung über die Einführung eines Mindestlohns von 2.000 Euro netto bis hin zu einer neuen Wohnbauförderung findest du in diesem Programm viele Vorschläge, mit denen wir die Bevölkerung entlasten wollen. Angesichts der Teuerung sollte das alles nicht irgendwann, sondern am besten schon jetzt umgesetzt werden.

WOHNEN

Salzburgs Wohnpreiskrise hat viele Dimensionen. Viele Menschen wohnen auf engstem Raum, weil sie sich eine größere Wohnung nicht leisten können. Wer eine Familie gründet, sieht sich aus finanziellen Gründen mitunter veranlasst, das Bundesland zu verlassen. Und dann gibt es sogar Menschen, die froh wären, überhaupt in einer eigenen Wohnung zu leben. Allein in der Landeshauptstadt bleiben zirka 1.100 Menschen nur deswegen von Obdachlosigkeit verschont, weil sie bei Bekannten unterkommen können. Dem gegenüber stehen in der Stadt, je nach Berechnung, zwischen 5.000 und 10.000 Wohnungen leer. Landesweit gibt es sogar bis zu 40.000 illegale Zweitwohnsitze. Das ist ein Skandal. Wohnraum darf kein knappes Gut sein, Mieten müssen bezahlbar sein. Wir sagen der Wohnungsnot den Kampf an. Statt noch mehr exklusiver Luxuswohnungen, die das Preisniveau zusätzlich nach oben treiben, ist leistbarer Wohnraum gefragt. Auch der Traum von den eigenen vier Wänden muss für alle Salzburger:innen mit einem durchschnittlichen Einkommen erreichbar sein.

Wohnkosten: Maximal ein Drittel des Einkommens

Unsere Vision ist klar: Wohnen darf nicht mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens verschlingen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen künftig pro Jahr mindestens 1.000 neue geförderte Mietwohnungen entstehen.

Mehr günstige Baugründe

Eigentum muss wieder aus eigener Kraft erreichbar sein. Deshalb braucht es bei der Baulandsicherung ein Bereicherungsverbot für die Gemeinden. Baulandsicherungsmodelle müssen gewährleisten, dass Einheimische so günstig wie möglich Grundstücke zur Verfügung gestellt bekommen.

Neue Wohnbauförderung: Rückkehr zum Darlehensmodell und Fokus auf leistbare Mietwohnungen

Es braucht eine umfassende Reform der Wohnbauförderung mit einem klaren Fokus auf den geförderten Mietwohnbau. Wir fordern die Rückkehr zu einem System der Darlehensförderung und Annuitätenzuschüsse. Die schwarz-grün-pinke Wohnbauförderung mit den Einmalzuschüssen hat nie funktioniert und basiert obendrein auf der überholten Annahme konstant niedriger Zinsen. Einen Ausverkauf der Wohnbauförderungsdarlehen lehnen wir kategorisch ab.

20 Prozent Fixanteil leistbarer Mietwohnungen bei Neubauprojekten

Die Genehmigung neuer Projekte soll künftig an die Errichtung eines fixen Anteils förderbarer Mietwohnungen geknüpft sein. Schon bei der Ausweisung von Bauland soll eine verpflichtende Quote von 20 Prozent für den förderbaren Wohnbau festgelegt werden.

Aktive Wohnbaupolitik

Das Land Salzburg muss selbst eine aktive Rolle bei der Realisierung von gefördertem Wohnraum einnehmen und Grundstücke ankaufen, auf denen in Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern förderbare Mietwohnungen realisiert werden.

Aktive Bodenpolitik

Die land- und forstwirtschaftliche Besitzfestigungsgenossenschaft (BFG) ist so umzugestalten, dass die Mehrheit der Anteile und der Entscheidungsfunktionen dem Land zuzurechnen ist. So kann die BFG eine tragende Rolle bei der Bodenpolitik des Landes spielen und durch eigenes Einbieten verhindern, dass Grünland an Investoren geht.

Zweckbindung der Wohnbaugelder

Wohnbaufördermittel müssen – vom Wohnbauförderungsbeitrag bis zu den Rückflüssen aus Altdarlehen – über das Budgetjahr hinausgehend zweckgebunden bleiben und dürfen nicht mehr länger zum Stopfen anderer Budgetlöcher missbraucht werden.

Mehr Stockwerke für den Wohnbau & dichtere Bauweise

Gerade im städtischen Raum fehlen Flächen für den Wohnbau. Daher führt kein Weg daran vorbei, vermehrt Wohnhäuser mit sieben, acht oder mehr Stockwerken zu bauen. Alles andere bedeutet: Die Preise steigen noch stärker. Auch im Sinne eines sparsamen Bodenverbrauchs setzen wir uns für eine dichtere Bauweise ein – insbesondere da, wo die Wohnbebauung noch nicht so dicht ist.

Starterwohnungen für Junge

Damit die erste Wohnung für junge Menschen im Land Salzburg leistbar ist, soll das Land die Finanzierung so genannter Starterwohnungen übernehmen, die von den Gemeinden bzw. gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften errichtet werden. Alle zwischen 18 und 30 Jahren sollen eine solche Wohnung beantragen können. Der Vorschlag: Fünf Jahre lang (bzw. bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres der Person) soll ein reduzierter Mietpreis gelten. Nach diesen fünf Jahren soll der Mietpreis einem gedeckten Standard-Mietpreis angepasst werden. Die maximale Höhe der Kautions soll außerdem eine Monatsmiete betragen.

Klimaneutrales Wohnen

Es braucht größere Anstrengungen für ökologisches und energieeffizientes Bauen. Bei Neubauten werden wir im Falle einer Regierungsbeteiligung eine Photovoltaik-Pflicht bei öffentlichen und gewerblichen Gebäuden einführen. Auch auf die Begrünung von Dächern und Fassaden soll ein stärkerer Fokus gelegt werden. Für die Landesförderung zur Sanierung alter Gebäude müssen künftig mehr Budgetmittel zur Verfügung gestellt werden.

Wohngeld einführen: Betriebskosten in Wohnbeihilfe einberechnen

Aktuell werden Personen, die sich ihre Miete nicht mehr leisten können, durch die Wohnbeihilfe oder die Sozialhilfe unterstützt. Derzeit erreichen wir damit aber nicht alle Personen, die Unterstützung brauchen. Bei den stark gestiegenen Miet- und Betriebskosten ist das ein Problem. Wir wollen die beiden bestehenden Beihilfen zusammenführen und damit ein vereinfachtes System zur Unterstützung von Mieter:innen in Form eines Wohngeldes schaffen. Das Ziel dahinter: Eine echte und spürbare Entlastung.

Ausdehnung der Wohnbeihilfe für Menschen in privaten Mietwohnungen

Aktuell haben die meisten Menschen, die in einer privaten Mietwohnung wohnen, keinen Anspruch auf Wohnbeihilfe. Das muss sich ändern. Die Anspruchsberechtigung für die erweiterte Wohnbeihilfe muss an die reale Wohnpreislage angepasst werden.

Keine weiteren Zweitwohnungsgebiete

Wir verlangen eine konsequente Verfolgung von unrechtmäßigen Zweitwohnungen und der Zweckentfremdung von Wohnungen. Die Verordnung der Landesregierung zu den Zweitwohnung-Beschränkungsgemeinden ist eine Mogelpackung. Statt einer Soll-Bestimmung braucht es ein konsequentes Verbot neuer Zweitwohnungsgebiete.

Buy-to-let-Modelle stoppen

Salzburgs Tourismus wird mit Buy-to-let-Modellen als Investment missbraucht. Unter dem Deckmantel touristischer Vermietung wurden zigtausende Betten in tausenden Chalets und Appartements geschaffen, die letztlich im Eigentum fremder Anleger:innen aus der ganzen Welt stehen und nach einer Vermietungsverpflichtung von wenigen Jahren in deren Zweitwohnsitznutzung übergehen. Wir wollen diese Entwicklung auf Landesebene mit einem Parifizierungsverbot bei touristischen Appartement- und Chaletanlagen stoppen.

AirBnb & Co: Wohnraum vor illegaler gewerbsmäßiger Zweckentfremdung schützen

Immer mehr Städte kämpfen mit den Effekten von Airbnb und ähnlichen Plattformen: Wohnraum wird dem Wohnungsmarkt entzogen und die Preise steigen zusätzlich. Darum braucht es eine strengere Reglementierung. Zukünftig soll es eine Vorabkontrolle geben, bevor Antragsteller:innen eine Registrierungsnummer für die Kurzzeitvermietung ihrer Immobilie bekommen. Nur so lässt sich die Zweckentfremdung von Wohnraum unterbinden. Hunderte Wohnungen könnten so auf einen Schlag für die Langzeitvermietung verfügbar gemacht werden.

Spekulation mit Wohnraum stoppen: Leerstandsabgabe mit Lenkungseffekt

Die aktuelle Leerstandsabgabe hat leider nur symbolischen Charakter und hindert Spekulant:innen nicht daran, sich mit unbewohntem Wohnraum zu bereichern. Um die Spekulation mit Wohnraum zu unterbinden, braucht es eine Leerstandsabgabe in der Höhe der jährlichen Wertsteigerung einer Immobilie. Dafür ist es notwendig, mittels Änderung der Bundesverfassung das Volkswohnungswesen in die Kompetenz der Länder zu übertragen. Wir finden: Es darf sich in Zukunft nicht mehr lohnen, Wohnungen leer stehen zu lassen.

Von der WG bis zum Generationenwohnen: Ausbau und Förderung neuer Wohnformen

Unsere Gesellschaft ändert sich und damit auch die Anforderungen an Wohnraum. 38 Prozent aller Österreicher:innen wohnen in einem Singlehaushalt. Wir wollen die unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigen und bei der Errichtung neuer Wohnungen einplanen. Mit Blick auf die zunehmende Vereinsamung in unserer Gesellschaft und begrenzten Boden soll das Zusammenleben in außerfamiliären WGs künftig vom Land finanziell unterstützt werden.

Wohnbedarf neu berechnen

Das aktuelle Berechnungsmodell der Landesstatistik zur Erhebung von Wohnbedarf zeigt die Probleme der Realität nicht auf. Statt einer bloßen Gegenüberstellung des Wohnungsbestands mit den Menschen bzw. Haushalten muss berücksichtigt werden, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Generationen verschiedene Wohnformen benötigen. Wir fordern im Landesentwicklungsprogramm klare Vorgaben zum voraussichtlichen Wohnbedarf und seiner räumlichen Verteilung.

Günstige Studierendenwohnheime

Wir wollen sicherstellen, dass in Studierendenwohnheimen günstige Zimmer. Um einen Wucher mit den Wohnpreisen zu verhindern, müssen öffentliche Zuschüsse aus der Wohnbauförderung gemeinnützigen Einrichtungen vorbehalten sein. Auf bundespolitischer Ebene setzen wir uns für die Wiedereinführung der Studierendenheimförderung ein.

VERKEHR & MOBILITÄT

Der tägliche Stau ist ein Sinnbild für die aktuelle Verkehrspolitik. Ein Viertel des gesamten Staus in Österreich ereignet sich auf Salzburgs Straßen. Es gibt kein Bundesland, in dem der Verkehr öfter stillsteht als bei uns. Die Ursachen sind zahlreich. Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr ist in vielen Regionen unzureichend. Angebote, bequem zwischen dem Auto und den Öffis hin und her zu wechseln, sind unattraktiv oder nicht vorhanden. Unsere Vision ist klar: Wir wollen Öffis, auf die man sich verlassen kann. Klimaneutrale Mobilität muss ein Grundrecht werden. Innerhalb von 15 Gehminuten sollen überall öffentliche Verkehrsverbindungen zur Verfügung stehen, 24 Stunden am Tag und 7 Tage pro Woche. Salzburg muss ein Bundesland werden, in dem man mühelos von einem Ort zum anderen kommt.

9-Euro-Ticket fürs Bundesland Salzburg

Deutschland hat mit dem 9-Euro-Ticket vorgemacht, wie man die Bevölkerung entlasten und gleichzeitig CO₂ einsparen kann. Mit einem Klimaticket Salzburg um 108 Euro im Jahr wollen wir in Salzburg dauerhaft ein Ticket um 9 Euro pro Monat umsetzen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass der jährliche Preis fürs Klimaticket halbiert wird.

Freifahrt für alle Schüler:innen und Menschen in Ausbildung

Egal ob Schule, Lehre, Studium, AMS-Kurs: Für Menschen in Ausbildung muss der öffentliche Verkehr gratis im ganzen Bundesland zur Verfügung stehen.

Öffis ausbauen: Verdichtung des Taktverkehrs

Wir wollen die Taktfrequenz, vor allem auch zu den Tagesrandzeiten, erhöhen. Nur dann, wenn ein öffentliches Verkehrsmittel regelmäßig kommt, ist es attraktiv. Zwischen 5 und 24 Uhr muss bei Bussen mindestens ein 30-Minuten-Takt und bei schienengebundenen Fahrzeugen ein 15-Minuten-Takt angepeilt werden. Der Obus soll tagsüber nicht seltener als alle 10 Minuten fahren.

Nightliner: Öffis ausbauen, auch in der Nacht

Auch in den Nachtstunden braucht es ein funktionierendes Öffi-Netz. Wir fordern daher für schienengebundene Öffis auch im Zeitraum zwischen Mitternacht und 5 Uhr eine Verbindung pro Stunde. Das erhöht die Lebensqualität unserer Jungen, wirkt der Landflucht entgegen und stärkt somit auch den ländlichen Raum.

Obusse in alle Umlandgemeinden der Stadt Salzburg

Wir wollen den Zentralraum engmaschiger vernetzen und so den Pendelverkehr reduzieren. Überall da, wo es keinen Anschluss an die S-Bahn gibt, braucht es eine rasche Ausdehnung der Obuslinien in die Umlandgemeinden. Die Kosten dafür muss das Land übernehmen.

Bahnhöfe digitalisieren und zu Drehscheiben der Infrastruktur ausbauen

Mit dem Handy den Parkplatz am Bahnhof reservieren? Vor Ort ein E-Bike ausleihen? Am Heimweg das Paket aus der Abholbox mitnehmen? Was in Neumarkt schon Realität ist, soll es überall geben. Wir wollen alle größeren Bahnhöfe zu so genannten Haltestellen 4.0 ausbauen.

Pass Lueg: Streckenausbau der Bahn

Ein neuer Bahntunnel macht die Verbindung sicherer, wertet den Süden Salzburgs auf und verkürzt die Fahrzeit. Wir drängen daher auf eine rasche Realisierung des Ausbaus der Tunnelkette.

Modernisierung der Lokalbahn (SLB), Elektrifizierung der Pinzgau- und Murtalbahn

Unsere Forderung ist einfach: Neue Garnituren, doppelte Gleise und alles elektrisch.

Park & Ride: Öffis mit dem Individualverkehr verzahnen

Wir wollen rund um die Stadt Salzburg die P+R-Möglichkeiten ausbauen und schienengebundene Schnellverbindungen in die Innenstadt errichten. Zwei konkrete Beispiele: Mit der Errichtung einer Messebahn wäre man innerhalb von 5-10 Minuten am Salzburger Hauptbahnhof. Mit einer Öffnung der Stieglbahn für den Personenverkehr und einer Erweiterung bis zum Flughafen gibt es eine weitere Möglichkeit, den täglichen Stau zu reduzieren.

E-Carsharing für Salzburg

Im Jahr 2017 hat die Salzburg AG das Carsharing-Angebot EMIL eingestampft, weil es angeblich nicht profitabel genug war. Das war ein großer Fehler. Wir wollen das Projekt wiederbeleben und Stück für Stück flächendeckend ausbauen.

Bekanntnis zum Ausbau der Westbahnstrecke

Der Streckenausbau im Bundesland Salzburg bringt im Fernverkehr eine Ersparnis von fünf Minuten und ist aus zahlreichen weiteren Gründen notwendig. Es geht um die Anbindung an das europäische Hochleistungsstreckennetz ebenso wie um den Gütertransport und den Nahverkehr. Durch die neue Streckenführung werden Gleiskapazitäten frei, die dringend für den klimafreundlichen Ausbau des schienengebundenen Personennahverkehrs im Salzburger Zentralraum benötigt werden.

Sichere Schulwege

Salzburgs Schulwege sollen sicherer werden. Insbesondere im unmittelbaren Umkreis von Schulgebäuden braucht es Maßnahmen, die von temporären Fahrverboten während der Unterrichtszeiten bis hin zu permanenten Geschwindigkeitsbeschränkungen von 20 km/h reichen.

Geh- und Radwege ausbauen

Unser oberstes Gebot lautet: Vorrang für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen. Weniger Raum für den motorisierten Individualverkehr sowie eine Reduktion der Parkplätze in der Verkehrsplanung.

Shared Spaces schaffen

Wir setzen uns für die Errichtung von Verkehrsflächen ein, auf denen Autos gegenüber allen anderen Verkehrsteilnehmenden Nachrang haben.

Mehr Verkehrssicherheit

Ob Zebrastreifen, Straßenbeleuchtungen, Gehwege oder Radwege: Wir wollen im ganzen Bundesland die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen neu evaluieren.

ARBEIT & WIRTSCHAFT

Salzburg ist lebenswert, aber ein teures Pflaster. Unser Bundesland ist trauriger Spitzenreiter bei den Wohnpreisen und den monatlichen Lebenshaltungskosten, aber Vorletzter bei den Durchschnittseinkommen. Heimat darf keine Frage des Geldbeutels sein. Fleiß und Anstrengung müssen endlich wieder genügen, um sich ein gutes Leben aufzubauen. Wir geben jenen eine Stimme, die Salzburg täglich am Laufen halten, aber keine Spitzenverdiener:innen sind. Und all jenen, die es sich selbst nicht richten können. Wir stehen dabei an der Seite der Unternehmen, die ihre soziale, gesellschaftliche und ökologische Verantwortung wahrnehmen und nachhaltig investieren. Es ist Aufgabe der Landespolitik, sich als Innovationstreiber im Bundesland zu begreifen und entsprechende Anreize zu schaffen.

2.000 Euro Mindestlohn netto

Unser Ziel ist: Niemand, der in Salzburg Vollzeit arbeitet, soll weniger als 2.000 Euro netto pro Monat verdienen. Wo die Landesregierung die Personalhoheit besitzt bzw. eine Unternehmensbeteiligung hält, müssen die Einkommen entsprechend angehoben werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Gewerkschaften dabei, die kollektivvertragliche Mindestlohnforderung in allen Branchen umzusetzen.

Echte Flexibilität: Arbeitszeitverkürzung für mehr Erholung & Freizeit

Seit 46 Jahren ist die Arbeitszeit in Österreich trotz stark gesteigener Wirtschaftsleistung nicht mehr flächendeckend gesenkt worden. Wir fordern im ersten Schritt die Reduktion der Normalarbeitszeit auf 38 Stunden bei vollem Personal- und Lohnausgleich in allen Betrieben mit Landesbeteiligung. Das mittelfristige Ziel müssen 35 Stunden sein.

4-Tage-Woche für echte Life-Work-Balance

Die 4-Tage-Woche ist die Zukunft. Das Land Salzburg muss künftig allen Beschäftigten die Möglichkeit geben, freiwillig die Arbeitszeit auf weniger Tage pro Woche zu verteilen. Der öffentliche Dienst hat die Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen und diesen Wandel voranzutreiben.

Bestbieter statt Billigstbieter

Wir fordern die flächendeckende Anwendung des Bestbieterprinzips und darüber hinaus die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Faktoren. Nachhaltige Klimakriterien und die Einhaltung sozialer Standards müssen bei der Vergabe von Aufträgen eine zentrale Rolle spielen.

Standortattraktivität erhöhen

Unter Berücksichtigung ökologischer Faktoren stehen wir für eine aktivere und attraktivere Standortpolitik, zum Beispiel durch Firmenansiedlungen beim Flughafen-Areal. Die Schaffung gut bezahlter, qualifizierter Arbeitsplätze hat für uns höchste Priorität. Der blockierte Europarkausbau wiederum ist ein Beispiel für verhinderte hochwertige Arbeitsplätze.

Infrastruktur ausbauen

Wir erwarten uns durch gezielte Investitionen in die Infrastruktur neue Beschäftigungsimpulse. Das schafft nachhaltige Arbeitsplätze und stärkt vor allem klein- und mittelständische Unternehmen. Die Salzburger Wirtschaft benötigt zuverlässige Verkehrssysteme genauso wie eine funktionierende Gesundheitsversorgung und flexible, bezahlbare Betreuungsangebote für Jung und Alt. Unerlässlich sind dabei eng mit der Wirtschaft vernetzte, innovative Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Wir bekennen uns zum Flughafen Salzburg

Der Flughafen Salzburg ist als Leitbetrieb für den Wirtschaftsstandort Salzburg eine wesentliche Säule. Wir müssen mit der wichtigsten Infrastruktur-Einrichtung der Region auch weiterhin sorgsam umgehen. Der Salzburger Flughafen ist ein verlässlicher Arbeitgeber, an dem direkt und indirekt über Zulieferbetriebe tausende Arbeitsplätze in Stadt und Land Salzburg hängen. Mit dem Salzburger Flughafen besitzen Stadt und Land Salzburg ein besonders unverzichtbares Stück Infrastruktur, an dem nicht einmal im Ansatz gerüttelt werden darf.

Aktive Arbeitsmarktpolitik: Qualifizierungsgeld für den beruflichen Neustart

Für alle, die neu anfangen wollen, setzen wir uns bei der Bundesregierung für einen Rechtsanspruch auf eine zweite Ausbildung ein. Weil das ohne Einkommen für viele nicht finanzierbar ist, wollen wir bei beruflicher Neuorientierung ein existenzsicherndes „Qualifizierungsgeld“ in der Höhe von 80 Prozent des Letztverdienstes umsetzen. Damit ist der Lebensunterhalt während einer Aus- oder Weiterbildung gesichert. Als Land Salzburg ersetzen wir einen Teil des Einkommensverlustes, abhängig vom Haushaltseinkommen.

Lehrlinge unterstützen: Ausbildungsbeihilfe einführen & Lehrwerkstätten fördern

Trotz Fachkräftemangel schlagen immer weniger Jugendliche den Weg eines Lehrberufes ein. Wir wollen das ändern. Mit einer Ausbildungsprämie des Landes unterstützen wir sie. Denn gerade in Zeiten der Teuerung wird das Leben auch für Lehrlinge teuer. Mit Hilfe von gezielten Landesförderungen unterstützen wir ferner Unternehmen, die betriebsübergreifend in Lehrwerkstätten eine hochwertige Lehrausbildung ermöglichen.

Soziale Absicherung von Ein-Personen-Unternehmen (EPUs)

Als Teil einer Landesregierung werden wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Selbstbehalte beim Arztbesuch und einen Anspruch auf Krankengeld ab dem vierten Tag stark machen. Um einen besseren Überblick über die Lage in Salzburg zu erhalten, fordern wir zudem eine wissenschaftliche Sozialerhebung zu den rund 30.000 EPUs.

200 Euro netto zusätzlichen Grundlohn für Pflegekräfte und medizinische Assistenzkräfte

Arbeitskräfte im Gesundheitsbereich verdienen es, endlich gerecht für ihren unermesslichen Beitrag an unserer Gesellschaft entlohnt zu werden. Wir fordern daher für alle Pflege- und medizinischen Assistenzkräfte in den Salzburger Landeskliniken eine außerordentliche Gehaltserhöhung um 200 Euro netto im Monat. So stellen wir sicher, dass alle einen Grundlohn in der Höhe von mindestens 2.000 Euro netto verdienen.

Mobile Pflege ausfinanzieren

Das Land Salzburg muss sich dazu bekennen, die jährliche Finanzierung (Tagsätze) der mobilen Dienste wenigstens im Ausmaß der kollektivvertraglichen Erhöhung anzupassen.

Keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Wir sehen es als unsere Verantwortung, der Salzburger Bevölkerung die beste Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Eine Privatisierung kommt für uns daher weder beim öffentlichen Verkehr noch bei anderen Aufgaben infrage. Im Gegenteil: Wenn es etwa um Gesundheit, Pflege, Bildung und Kinderbetreuung oder öffentliche Versorgung geht, haben Profitinteressen nichts zu suchen. Um die kritische Infrastruktur zu schützen, muss das Land Salzburg wieder eine aktivere Rolle einnehmen.

Innovationsförderung für klimaschützende Unternehmen

Start-Ups und sind unsere Zukunftslabore, die kleineren und mittleren Unternehmen (KMUs) das Rückgrat unserer Wirtschaft. Mit Blick auf die Klimakrise, aber auch im Sinne der Standortattraktivität ist es wichtig, dass Salzburg zum Vorreiter umweltfreundlicher Innovationen wird. Seitens des Landes braucht es dringend Förderprogramme für Unternehmen, die auf klimafreundliche Technologien setzen.

Qualitativer Tourismus vor Massentourismus: Förderung nachhaltiger Tourismuskonzepte

Salzburg lebt vom Tourismus. Mehr des Gleichen ist jedoch nicht immer gut. Wir wollen daher die Landesförderung so umgestalten, dass sie den Fokus auf nachhaltige und sanfte Tourismusprojekte legt.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf herstellen

Flächendeckende Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen sind nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber der jüngeren Generation, sondern auch ein Wirtschaftsmotor. Deshalb verstehen wir unsere Vorschläge im Kapitel Familie & Bildung vom kostenfreien Zugang zur Kinderbetreuung aller Kinder unter sechs Jahren bis hin zur Schaffung von Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht als wirtschaftspolitische Maßnahmen, die dringend notwendig sind.

Digitalisierung: 100 Prozent Breitbandinternet und 5G-Ausbau

Wir fordern, dass jeder Haushalt im Bundesland Salzburg einen Zugang zu Breitbandinternet (mindestens 4G) bekommt. Beim Ausbau der 5G-Verbindungen muss unser Bundesland Vorreiter sein.

Salzburg zum Zentrum für Holzinnovation machen

Wir wollen die Gründung eines universitären Instituts für Holzinnovation vorantreiben, denn Holz wird als Bau- und Rohstoff immer wertvoller. In unserem Bundesland verfügen wir mit dem Holztechnikum Kuchl, der HTL Hallein, der Fachhochschule Salzburg und den vielen Holzverarbeitenden Betrieben schon jetzt über ein großes Ausmaß an Know-How. Dieses Potential wollen wir nutzen.

KLIMA & ENERGIE

Wir haben nur einen Planeten. Der Klimaschutz ist die bestimmende Frage unserer Zeit. Ohne entschlossenes Handeln gegen die Klimakrise ist unsere Zukunft auch in Salzburg eine Sackgasse. Wir stehen daher für eine sozial-ökologische Wende, bei der Klimaschutz und Innovationen als Chance für neues Wachstum und Wohlstand begriffen werden. Statt ideologischer Grabenkämpfe braucht es öffentliche Investitionen in erneuerbare Energiequellen und klimaschonende Infrastrukturprojekte.

Klimaschutz = Naturschutz: Unabhängigkeit von fossilen Energiequellen

Das Land Salzburg erhebt den Anspruch, spätestens bis zum Jahr 2050 unabhängig von fossilen Energieträgern zu sein. Wir wollen ambitioniertere Ziele setzen. Doch selbst, um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle möglichen nachhaltigen Energiequellen angezapft werden, die uns zur Verfügung stehen. Klimafreundliche Infrastrukturprojekte dürfen daher auch nicht unter falschen Vorwänden ausgebremst werden.

Klimaneutralität 2040

Wir wollen die Salzburger Klima- und Energiestrategie so anpassen, dass unser Bundesland bereits im Jahr 2040 und nicht wie aktuell vorgesehen erst 2050 klimaneutral wird. Wir wollen dieses Ziel insbesondere damit schaffen, den Anteil erneuerbarer Energiequellen radikal auszubauen.

Verpflichtende Photovoltaikanlagen auf öffentlichen und gewerblichen Neubauten

Das Energiepotential der Salzburger Dachflächen wird noch viel zu wenig genutzt. Wir sprechen uns daher für verpflichtende Photovoltaikanlagen bei öffentlichen und gewerblichen Neubauten aus.

Windräder im ganzen Bundesland

Salzburg ist Vorreiter bei der Wasserkraft, aber Schlusslicht bei der Windkraft. In unserem Bundesland gibt es aktuell keine einzige Windkraftanlage. Das muss sich ändern. Auch in Salzburg werden sich in den elf dafür ausgewiesenen Zonen verträgliche Standorte für diese Art der Energiegewinnung finden lassen.

Wasserkraft ausbauen

Salzburg ist bei der Wasserkraft Vorreiter. Trotzdem gibt es noch Potentiale, die wir dringend nützen sollten. Wir bekennen uns klar zum Kraftwerksprojekt Stegenwald und die Umsetzung von Wasserkraftwerken an weiteren Standorten.

E-Schnellladestationen in allen Gemeinden bis spätestens 2030

Das Land soll 100 Prozent der Kosten übernehmen, wenn sich eine Gemeinde dazu entscheidet, in ihrem Ort E-Schnellladestationen mit mehr als 50 kW zu errichten. Unser Ziel ist der Aufbau eines flächendeckenden öffentlichen E-Tankstellennetzes mit einheitlichen Tarifen.

Für Blackout vorsorgen

Nur 16 Prozent der Bevölkerung sind auf das realistische Drohszenario eines Blackouts vorbereitet. Wir fordern die Einrichtung von „regionalen Leuchttürmen“, die in den Gemeinden die Robustheit gegen ein Blackout steigern und die überregionale Vernetzung für den Ernstfall vorantreiben sollen. Das Land Salzburg soll nach dem Vorbild Kärntens die Errichtung solcher Versorgungsknotenpunkte in jeder einzelnen der 119 Salzburger Gemeinden fördern, um im Katastrophenfall für die Bevölkerung Kontakt zu Ärztinnen und Ärzten, Zugang zu Medikamenten, Versorgung mit Lebensmitteln oder anderen überlebenswichtigen Gütern zu gewährleisten.

Lichtverschmutzung eindämmen: Wichtige Energie sparen

Wir sollten mit der Ressource Licht wie mit der Ressource Wasser umgehen: Wenn man es nicht braucht, dreht man es ab. Die zunehmende Lichtverschmutzung macht unsere Nächte immer heller und schadet damit nachweislich uns Menschen, den Tieren, dem Klima, und der Natur. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Anstrahlung von Kirchen und Denkmälern wie etwa der Festung Hohensalzburg oder dem Salzburger Dom sowie von anderen Objekten aus dem Sport- oder Werbungsbereich ab spätestens 22 Uhr unterbleiben soll.

Bäume pflanzen & Betonwüsten reduzieren

In den Städten und Ortskernen wird die Erhitzung besonders zu spüren sein. Dafür braucht es funktionierende Hitze-Konzepte und Maßnahmen, die jetzt gesetzt werden müssen. Neben der Pflanzung von Großbäumen und der Errichtung von Alleen sind dazu auch eine Fassadenbegrünung, weniger Mähgänge sowie die Reduktion von Grünschnitt notwendig. Für zusätzliche Kühlung muss die Entsiegelung von asphaltierten und betonierten Flächen vorangetrieben werden.

Fernkälte als CO2-freundliche Alternative zu Klimaanlage

Wir wollen die Etablierung des Angebots von Fernkälte prüfen und in einem zweiten Schritt umsetzen. Die Zahl der Hitzetage hat sich in den letzten Jahren auch in Salzburg vervielfacht. Um eine klimafreundliche und leistbare Kühlmöglichkeit für viele Haushalte zu schaffen, wird in Wien schon jetzt auf Fernkälte gesetzt. Dieses System braucht weniger Energie, ist effizienter als viele kleine Klimageräte und spart CO₂.

Dach- und Fassadenbegrünung

Wir wollen Grün statt Grau in den Außenräumen von Wohnsiedlungen und in etwaigen Innenhöfen. Dach- und Fassadenbegrünungen machen Wohnsiedlungen attraktiver und wirken sich positiv auf das Klima aus. Im Sommer erhitzen sich so Straßenräume und Hausfassaden weniger. Dieses Wissen soll auch in künftige Großbauprojekte einfließen und verpflichtend berücksichtigt werden. Auch im privaten Wohnbau sollen entsprechende Förderungen dazu anregen, Liegenschaften entsprechend zu begrünen.

Klimabildung forcieren

Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Klimabildung ein. So soll es bereits im Laufe der Pflichtschulzeit eine weitreichende Aufklärung über die Klimakrise und deren Folgen geben. Um die Klimakrise angemessen im Unterricht behandeln zu können, braucht es fachlich kompetente Lehrkräfte. Lehrende sollen daher im Rahmen von entsprechenden Fortbildungslehrgängen in den Bereichen kommunaler und urbaner Klimaschutz geschult werden.

CO₂-Schattenpreis für öffentliche Beschaffungen

Um bei öffentlichen Beschaffungen und Investitionen klimaverträglich zu gestalten und die langfristigen Kosten klimafreundlicher Politik sichtbar zu machen, wollen wir einen CO₂-Schattenpreis einführen. Unvermeidbarer CO₂-Ausstoß muss angemessen kompensiert und im Budget berücksichtigt werden.

FAMILIE & BILDUNG

Eine Familie gründen oder in Salzburg bleiben? Diese Frage stellt sich in unserem Land immer wieder für junge Familien. Die Lebenshaltungskosten sind hoch, und auch die Kinderbetreuungskosten sind höher als in anderen Bundesländern. In Wien, Kärnten und im Burgenland ist die öffentliche Kinderbetreuung aller Kinder unter 6 Jahren kostenfrei. Gebühren fallen in diesen Bundesländern nur für das Mittagessen an. Auf unseren Druck hin ist mit dem kostenlosen Halbtagskindergarten aller Kinder über 3 Jahren auch in Salzburg der erste Schritt getan. Aber Salzburg kann mehr: Die kostenlose Betreuung aller Kinder von 1 bis 6 Jahren wird nur mit SPÖ in der Landesregierung kommen. Wir wollen Salzburg zum kinderfreundlichsten Bundesland machen.

Flächendeckender Ausbau der Krabbelgruppen

Es ist die Aufgabe der Landespolitik, den flächendeckenden Ausbau der Kleinkindgruppen im Bundesland Salzburg zu fördern. Denn echte Wahlfreiheit gibt es nur, wenn in allen Regionen ausreichend Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen.

Gratis Kinderbetreuung von der Krabbelgruppe bis zum Schulstart

Bildung ist ein Menschenrecht, das auch für unsere Kleinsten gilt. Was in einigen anderen Bundesländern längst Realität ist, muss auch in Salzburg möglich sein. Die Kosten für diese Maßnahme müssen vom Land Salzburg getragen werden und dürfen nicht auf die kommunale Ebene abgewälzt werden.

Kostenlose Nachhilfe für alle Schüler:innen

Studien zeigen, dass fast jedes dritte Salzburger Schulkind Unterstützung braucht, 20 Prozent von Salzburgs Schulkindern nehmen dabei bezahlte Nachhilfe in Anspruch. Wenn in der Schule ein Kind nicht mitkommt, darf es nicht vom Einkommen der Eltern abhängen, ob Nachhilfe möglich ist oder nicht. Wir wollen kostenfreie Angebote zur Lernunterstützung schaffen.

Runter mit den Schulkosten: 100 Euro Salzburger Schulstartgeld

Der Besuch einer öffentlichen Schule ist schon lange nicht mehr wirklich gratis. Die finanziellen Belastungen sind vielfältig. Studien zeigen, dass Familien am Schulanfang mindestens 109 Euro pro Schulkind für Unterrichts- und Schulmaterialien einrechnen müssen. Dazu kommen noch die ohnehin zu leistenden Elternbeiträge. Wir fordern deshalb die Einführung eines Salzburger Schulstartgeldes in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr. Dieses soll zusätzlich für alle Schüler:innen bis zur Matura zum Schulstartgeld des Bundes ausbezahlt werden.

150 Millionen Investitionspaket für Pflichtschulen

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Schulen noch nicht im digitalen Zeitalter angekommen sind. Es ist daher an der Zeit, die Pflichtschulen mit einer zeitgemäßen Infrastruktur auszustatten und mindestens 150 Millionen Euro in die Hand zu nehmen. Die Finanzierung muss dabei auch auf die Herausforderungen am Standort Rücksicht nehmen: Schulen sollen umso mehr finanzielle Unterstützung bekommen, je mehr Schüler:innen sie haben, denen die Eltern selbst nicht beim Lernen helfen können.

Gesundes und regionales Schulessen in Salzburger Schulen

Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Schulen im Bundesland ein frisch gekochtes Mittagessen angeboten wird. Der Anteil an regionalen und biologischen Lebensmitteln soll dabei mindestens 50 Prozent ausmachen. Gleichzeitig soll allen Schüler:innen ab der fünften Schulstufe praxisorientiert die Relevanz einer gesunden Ernährung und Schuljause vermittelt werden. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Kinder, die sich gesund ernähren, bleiben auch als Erwachsene gesünder.

Ganztagschule: Ganztägig Bildung und Betreuung in allen Schulen

Wir werden auf allen politischen Ebenen darauf drängen, dass endlich flächendeckend an der Umsetzung der kostenfreien Ganztagschule gearbeitet wird. Für Salzburg verlangen wir Pilotprojekte.

Moderne Hard- und Software für alle Volksschulen und Mittelschulen

Um Kinder und Jugendliche auf das Leben vorzubereiten, ist es wesentlich, ihnen auch Kompetenzen im Umgang mit Social Media und Technik zu vermitteln. In unserer Zeit passieren technische Entwicklungen sehr schnell. Deshalb wollen wir, dass unsere Schulen mit moderner Hard- und Software ausgestattet werden. Unsere Kinder sollen früh den verantwortungsbewussten Umgang mit Technik lernen.

Lehrkräfte mit EDV-Arbeitsgeräten ausstatten

Wie in der Privatwirtschaft selbstverständlich, sind auch Lehrkräfte an den Volks- und Mittelschulen vom Land Salzburg mit mobilen EDV-Arbeitsgeräten auszustatten.

Lebensbegleitendes Lernen fördern

Mit unseren Forderungen nach einem Qualifizierungsgeld für berufliche Weiterbildung oder Umschulungen und einem kostenlosen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für alle Menschen in Ausbildung wollen wir im Land Salzburg die Rahmenbedingungen für lebensbegleitendes Lernen schaffen.

Lehrgang Elementarpädagogik in Salzburg ermöglichen

Andere Bundesländer haben auf den Mangel an Elementarpädagog:innen reagiert und bieten an den Pädagogischen Hochschulen einen eigenen Hochschullehrgang an. Insbesondere für Quereinsteiger:innen aus anderen Bildungsberufen ist diese Möglichkeit attraktiv. Sowohl das Bildungsministerium ist hier gefragt, die Angebote auf Salzburg auszudehnen, als auch das Land Salzburg, diese zu unterstützen und die Umsetzung einzufordern.

Zugang zum Bachelorstudium Elementarpädagogik öffnen

In Salzburg gibt es bereits seit 2018 an der Pädagogischen Hochschule das Bachelorstudium Elementarpädagogik. Jedoch sind dafür nur Absolvent:innen der Bildungsanstalt für Elementarpädagogik (BAfEP) zugelassen. Das Studium sollte man für alle Maturant:innen – vorbehaltlich zusätzlicher Pflichtpraktika – öffnen, um mehr Interessent:innen anzusprechen.

Fachkräfte selbst ausbilden

Mit der Ausweitung des Lehrgangs „Fachkraft Kindergarten“ sollen Helfer:innen, die bereits in den Kinderbetreuungseinrichtungen tätig sind, verstärkt zu Fachkräften ausgebildet werden. Damit wollen wir den akuten Fachkräftemangel in diesem Bereich bekämpfen.

GESELLSCHAFT & SOZIALES

Wir stehen für eine vielfältige und solidarische Gesellschaft des gegenseitigen Respekts. Wir stehen für ein Land, in dem alle Menschen so sein dürfen, wie sie sind. Egal, wie eine Person heißt, woher sie kommt, was sie verdient, wen sie liebt oder wie sie ihre Feste feiert – was uns eint, ist unsere Verschiedenartigkeit. Salzburg muss für alle leistbar und lebenswert sein. Wer Hilfe benötigt, soll sich auf soziale Unterstützung verlassen können.

Die Sozialhilfe muss wieder eine Mindestsicherung sein

Wir fordern eine armutsfeste Sozialhilfe. Auf Landesebene müssen im Salzburger Sozialunterstützungsgesetz alle Spielräume genutzt werden, die das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz zulässt. Das heißt: Zur Absicherung des Wohnbedarfs müssen die Leistungen für den Wohnbedarf angehoben werden. Die Richtsätze für Kinder müssen erhöht und einheitlich gewährt werden. Darüber hinaus braucht es Sonderzahlungen für armutsgefährdete Kinder, deren Familien Sozialunterstützung erhalten. Als Teil einer Landesregierung werden wir auf Bundesebene dafür eintreten, dass statt Höchstsätzen Mindeststandards im Ausmaß der Armutsgefährdungsschwelle eingeführt werden.

Kinderarmut abschaffen

Jedes fünfte Kind bei uns lebt in Armut. Das ist inakzeptabel. Gemeinsam mit Expert:innen braucht es daher einen verbindlichen Masterplan zur Abschaffung der Kinderarmut. Die Gründe für diesen Missstand müssen umfassend evaluiert und mit daraus abgeleiteten Maßnahmen ursächlich bekämpft werden. Unser Ziel: Bis spätestens 2035 soll kein einziges Salzburger Kind mehr in armen Verhältnissen aufwachsen müssen.

Heizkostenzuschuss ausdehnen

Wir wollen den Heizkostenzuschuss dauerhaft erhöhen. Die Einkommensgrenze soll auf die Höhe der Armutsgefährdungsschwelle angehoben und die Antragsstellung ganzjährig ermöglicht werden. Das ist nicht nur in Zeiten der Teuerung wichtig, sondern eine notwendige Maßnahme gegen die hohen Wohnkosten im Land Salzburg.

 *Erster Teilerfolg: Der Heizkostenzuschuss wird noch vor der Landtagswahl auf 600 Euro erhöht.*

Anhebung aller sozialen Unterstützungen an die Armutsgefährdungsschwelle

Die Einkommensgrenzen aller Unterstützungsleistungen des Landes müssen an die Armutsgefährdungsschwelle angepasst werden. Derzeit gelten bei einigen Transferleistungen niedrigere Einkommensgrenzen.

Mehr Wertschätzung für das Engagement in Blaulichtorganisationen

Täglich riskieren Freiwillige in Blaulichtorganisationen ihr Leben. Sie opfern Urlaubstage für Aus- und Weiterbildungen. Dieses ehrenamtliche Engagement muss besser honoriert werden. Das Land Salzburg soll künftig die Kosten für anfallende Urlaubstage der Ehrenamtlichen übernehmen. Wer sich für die Gesellschaft engagiert, sollte für Fortbildungen keinen Urlaub verbrauchen müssen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass ein Steuerfreibetrag für die ehrenamtliche Tätigkeit in Blaulichtorganisationen eingeführt wird.

Wohnungslosigkeit ist ein Skandal

Im Bundesland Salzburg sind rund 300 Personen wohnungslos. Außerdem wissen wir, dass zirka 1.100 Menschen nur deswegen von der Obdachlosigkeit verschont bleiben, weil sie bei Bekannten unterkommen können. Neben einem Ausbau der Kapazitäten in Notschlafstellen soll das Land Salzburg mehr „Housing first“-Wohnungen errichten, um Menschen den Weg zurück in geregelte Wohnverhältnisse zu ermöglichen. Doch das Problem setzt bereits früher an. Die Errichtung günstiger Mietwohnungen im großen Stil muss in unserem Bundesland ohnehin Priorität haben.

Delogierungsprävention: Notfonds bei vorübergehenden finanziellen Problemen

Wer kurzfristig in Geldnot ist, darf deswegen nicht in seiner Existenz bedroht sein. Wir fordern daher, den Fonds für Hilfe in besonderen Lagen (HIBL) massiv aufzustocken oder eine eigene finanzielle Überbrückungshilfe für Menschen ins Leben zu rufen, die aufgrund kurzfristiger Probleme von einer Delogierung bedroht sind. Außerdem braucht es dringend einen Ausbau der Schuldner:innenberatung.

Frauenförderplan in allen Unternehmen mit Landesbeteiligung

Als Unternehmen der öffentlichen Hand zeigt die Salzburg AG schon jetzt vor, dass Frauenförderpläne Wirkung zeigen. Andere Unternehmen mit Landesbeteiligung sollen verpflichtet werden, ebenfalls einen Frauenförderplan nach diesem Vorbild umzusetzen. Die per Corporate Governance Kodex vom Land auferlegte Frauen-Quote von mindestens 35 Prozent Frauen muss endlich erfüllt werden. Ein 40-prozentiger Anteil sollte generell angestrebt werden.

Gewalt an Frauen und Femizide stoppen

Im Jahr 2021 wurde in Österreich alle zwei Wochen eine Frau getötet, überproportional viele davon in Salzburg. Diese Zahlen sind erschreckend. Es braucht politische Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt. Wir fordern daher eine Aufstockung der finanziellen Mittel und der Personalkapazitäten für Präventionsmaßnahmen gegen häusliche Gewalt.

Mehr Frauenhäuser

Wir stehen für einen flächendeckenden Ausbau der Frauenhäuser und die finanzielle Absicherung von Frauenservicestellen. Frauen und ihre Kinder dürfen im Ernstfall nicht auf sich allein gestellt sein.

Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch sicherstellen

Seit 1975 ist der Schwangerschaftsabbruch in Österreich in den ersten drei Monaten straffrei und rechtmäßig. Das ist gut so und muss auch so bleiben. Wir wollen sicherstellen, dass Schwangerschaftsabbrüche in Salzburg auch künftig im Gynmed Ambulatorium für Schwangerschaftsabbruch und Familienplanung möglich sind. Außerdem setzen wir uns für eine Übernahme der Kosten durch die Sozialversicherungsträger ein.

Aktiv Rollenbilder aufbrechen

Berufe haben kein Geschlecht. Ob Maurerin oder Friseur, unsere Kinder sollen frei von Rollenzwängen Berufsentscheidungen treffen können. Um dies zu erreichen, wollen wir bewusstseinsbildende Maßnahmen setzen. In allen Landesschulen soll daher ab der Volksschule eine offene Berufsorientierung frei von Rollenbildern vermittelt werden.

Frei verfügbare Menstruationsartikel in öffentlichen Gebäuden

Durchschnittlich geben Frauen in ihrem Leben rund 3.400 Euro für Hygieneartikel wie Binden oder Tampons aus. Das ist eine spezifische Benachteiligung von Menschen, nur weil sie einmal im Monat menstruieren. Wir wollen diese Ungerechtigkeit reduzieren und dafür sorgen, dass in allen landeseigenen Gebäuden Monatshygieneartikel kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Was in Schottland möglich ist, muss auch in Salzburg machbar sein.

Landesaktionsplan gegen Queerfeindlichkeit

Wir stehen entschlossen an der Seite der LGBTIQ*-Community sowie aller queeren Menschen in unserem Bundesland und werden als Teil einer Landesregierung Maßnahmen für die gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung schaffen. Daher werden wir einen

Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Queerfeindlichkeit mit Schwerpunkt auf die ländlichen Regionen umsetzen. Salzburg darf stolz sein auf seine vielfältige Bevölkerung.

Menschen mit Behinderungen unterstützen

Das Land Salzburg soll mit gutem Beispiel vorangehen und zusätzliche Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen schaffen. Die Zahl der sogenannten "Behindertenparkplätze" soll ebenfalls erhöht werden. Künftig sollen in unserem Bundesland mehr barrierefreie Wohnungen zur Verfügung stehen, sodass Menschen mit Behinderung eigenständig und selbstbestimmt leben können.

Barrierefreiheit = Familienfreundlichkeit

Barrieren sind das Produkt unzureichender Planung im öffentlichen Raum. Um das zu ändern, wollen wir binnen zehn Jahren den Etappenplan der UN-Konvention landesweit umsetzen. Ob jung oder alt, zu Fuß, mit dem Kinderwagen oder mit dem Rollstuhl unterwegs: Alle sollen uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilhaben können. Ein ungehindertes Vorankommen soll bald für alle selbstverständlich sein.

Betreubares Wohnen bei neuen Wohnbauprojekten beachten

Wir wollen, dass die Menschen in ihrer gewohnten Umgebung alt werden können. Betreutes Wohnen ist eine sehr gut geeignete Wohnform für ältere Menschen, die weiterhin selbstbestimmt, aber mit fallweiser Unterstützung leben wollen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, eine klare Definition von betreutem Wohnen gesetzlich zu verankern und die damit verbundenen Betreuungsleistungen in einem Leistungskatalog klar definieren. Betreutes Wohnen muss so konzipiert sein, dass es in Wohnbauprojekten umsetzbar und für die Menschen leistbar ist.

Ein Recht auf Hören: Induktive Höranlagen in allen öffentlichen Räumen

In einigen öffentlichen Räumen sind bereits jetzt Induktionsspulen verlegt. Diese erlauben es Menschen mit Hörbeeinträchtigung, besser zu hören. Wir setzen uns daher dafür ein, dass in allen öffentlichen Räumen des Landes Salzburg mit Bürger:innenkontakt, in allen Kultur- und Veranstaltungsstätten sowie in allen Gemeindeämtern induktionsgestützte Lautsprecher Systeme installiert werden.

Blindenleitsysteme flächendeckend umsetzen

Wir wollen das System der tastbaren Bodenleitsysteme flächendeckend ausbauen und so dafür sorgen, dass sich blinde Menschen und Personen mit Sehbehinderung landesweit so barrierefrei wie möglich im öffentlichen Raum bewegen können.

Ausstattung aller Bushaltestellen mit einem Kasseler Bord

Oftmals kann das Ein- und Aussteigen in und aus dem Bus zur Herausforderung werden: etwa für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, mit Kinderwagen oder schwerem Gepäck. Wir wollen, dass Schritt für Schritt alle Bushaltestellen im Land Salzburg mit einem sogenannten „Kasseler Bord“ ausgestattet werden. Das ist eine Vorrichtung am Randstein, die ermöglicht, dass der Bus sehr nahe an den Gehsteig heranfahren kann. So wird das Ein- und Aussteigen einfacher, schneller und sicherer.

Unterstützung bei Behördengängen und beim Ausfüllen von Formularen

Wir wollen sicherstellen, dass alle öffentlichen Formulare verständlich und auch in analoger Form verfügbar sind. Die Landesverwaltung, insbesondere auch die Bezirkshauptmannschaften, müssen eine Anlaufstelle sein, um Unterstützung bei der Abgabe von Dokumenten zu leisten.

Lohn statt Taschengeld für Menschen mit Behinderungen

Statt Taschengeld braucht es für Menschen mit kognitiven Behinderungen sowohl in Werkstätten als auch am Arbeitsmarkt ein anständiges Gehalt mit sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen. Als Teil einer Landesregierung werden wir uns mit aller Kraft gegenüber der Bundesregierung stark machen, dass diese Ungerechtigkeit endlich beendet wird.

Angsträume identifizieren und beseitigen

Wir wollen, dass sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen können. Deshalb ist es unser Anliegen, im ganzen Bundesland Angsträume zu beseitigen. Insbesondere in der Nacht sollen dunkle Ecken daher durch mehr Beleuchtung zu sicheren Orten werden.

Menschliche, aber realistische Flüchtlingspolitik

Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, die gleichermaßen menschlich ist und organisatorisch bewältigt werden kann. Deswegen beharren wir darauf, dass die Betreuungsquote – die vereinbarte Maximalzahl an Asylsuchenden – im Bundesland Salzburg nicht überschritten wird. Als Teil der Landesregierung werden wir dafür sorgen, dass ausreichend adäquate Unterkünfte zur Verfügung stehen. Notdürftige Zeltstädte wie 2015 sind für uns inakzeptabel.

Integration = Fördern und Fordern

Für ein gutes Zusammenleben sind wechselseitiger Respekt und Verständigung die Grundvoraussetzung. Die rasche Eingliederung in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt stehen für uns im Zentrum. Niemand soll seine Wurzeln vergessen, wir erwarten aber auch die Bereitschaft zur Teilhabe an unserer vielfältigen und demokratisch organisierten Gesellschaft. Unser Ziel ist die Einbindung, nicht die Trennung von Menschen.

Regionale Mitsprache bei „Humanitärem Bleiberecht“

Bei der Entscheidung, ob Asylwerber:innen mit einem negativen Asylbescheid – insbesondere jene, die seit Jahren in einer Gemeinde leben – abgeschoben werden, soll der Wohnsitzgemeinde ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Als Teil einer Landesregierung werden wir uns auf Bundesebene dafür stark machen, dass durch die Mitsprachemöglichkeit der Gemeinden Abschiebungen von gut integrierten Familien verhindert werden können.

GESUNDHEIT & PFLEGE

Gesundheit ist keine Ware, denn Krankbetten eignen sich nicht für Einsparungen. Die Corona-Pandemie hat das einmal mehr sichtbar gemacht. Wer bei den Krankenhäusern spart, spart bei der Gesundheit der Menschen. Wir wollen die Fehler der jüngeren Vergangenheit rückgängig machen. Die Salzburger:innen verdienen ein ausfinanziertes Gesundheitssystem, mit starken regionalen Spitälern und einer verlässlichen Pflege. Genauso wichtig ist es uns, dass pflegende Angehörige künftig eine bessere Absicherung und mehr Unterstützung erfahren.

Versorgungsschlüssel: Flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherstellen

Unser Anspruch ist: Es braucht flächendeckend mindestens einen Hausarzt oder eine Hausärztin je 1.000 Einwohner:innen, ein regionales Gesundheitszentrum je 10.000 Einwohner:innen und mindestens ein Schwerpunktkrankenhaus in jedem Bezirk. Darüber hinaus muss eine flächendeckende Nahversorgung mit Medikamenten sichergestellt werden.

Mehr Krankbetten

Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Es ist eine schlechte Idee, im Gesundheitssektor zu sparen. Stattdessen braucht es eine flexiblere Bettenbewirtschaftung in den Krankenanstalten mit guter Grundausstattung, damit in Krisenzeiten rasch Intensivbetten zur Verfügung stehen. Darüber hinaus muss das Entlassungsmanagement inklusive der Bereitstellung extramuraler Unterbringungsmöglichkeiten optimiert werden. Dazu muss jedenfalls alles darangesetzt werden, den Pflegekräftemangel zu bekämpfen. Die notgedrungene Sperrung ganzer Stationen soll nicht länger Realität bleiben.

Regionale Krankenhäuser stärken

Eine gute medizinische Versorgung darf nicht vom Wohnort abhängen. Wir bekennen uns zu allen regionalen Krankenhäusern. Die Notfallversorgung muss in den Bereichen Chirurgie, Gynäkologie und Innerer Medizin in allen Spitälern 24 Stunden am Tag an 7 Tagen pro Woche sichergestellt sein.

Notarztstützpunkte in allen Bezirken

Das Notarztsystem in Salzburg weist gefährliche Lücken auf. Wir pochen auf eine Verbesserung der Versorgung und wollen sicherstellen, dass in jedem Bezirk ein Notarztstützpunkt eingerichtet wird. Obwohl der Flachgau mittlerweile der bevölkerungsreichste Bezirk im Bundesland ist, gibt

es den angedachten Stützpunkt in Straßwalchen wegen finanzieller Uneinigkeiten zwischen Salzburg und Oberösterreich noch immer nicht. Im Tennengau gibt es ebenfalls noch immer keinen Stützpunkt, bei schlechtem Wetter ist das Lammertal überhaupt de facto von der notärztlichen Versorgung abgeschnitten.

Kostenfreier Zugang zu empfohlenen Impfungen

Impfen soll aus unserer Sicht freiwillig, aber kostenfrei sein. Wir fordern daher die Übernahme der Kosten durch das Land Salzburg für alle Impfungen, die laut dem österreichischen Impfplan empfohlen sind. Dieses Geld ist gut investiert: Denn wer sich impfen lässt, schützt nicht nur sich selbst, sondern in der Regel auch seine Mitmenschen und entlastet das Gesundheitssystem. Auch unsere Volkswirtschaft profitiert von einer gesunden Bevölkerung.

Hohe Pflegestandards gesetzlich vorschreiben

Wir stehen dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige und menschenwürdige Pflege geschaffen werden. Ein Schritt dazu ist, im Salzburger Pflegegesetz detaillierte Qualitätsstandards festzuschreiben und als Ziel eine "optimale" Pflege vorzugeben. Außerdem braucht es klare Vorgaben über den Inhalt und Umfang der Dokumentation. Im Nachtdienst muss verpflichtend eine zweite Pflegekraft vorgesehen sein. Die Heimaufsicht in der Landesverwaltung braucht dringend eine personelle Aufstockung.

Betreuungsschlüssel in der Pflege und in Krankenanstalten

Wir fordern die Einführung eines fachlich fundierten Personalschlüssels in Krankenanstalten, Rehaszentren und Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Im Pflegegesetz muss nach dem Beispiel Oberösterreichs ein verbindlicher Personalschlüssel festgelegt werden. Denn Salzburg hinkt seit Jahren beim Verhältnis zwischen Pflegekräften und Patient:innen hinterher. Zum Vergleich: Während in den Niederlanden sieben Patient:innen auf eine Pflegekraft kommen, kümmert sich in Salzburg eine Pflegekraft im Schnitt um rund 15 Patient:innen.

Hospizbetreuung flächendeckend ausbauen

Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau der Palliativ- und Hospizversorgung für Erwachsene, Kinder und Jugendliche im mobilen professionellen und ehrenamtlichen Bereich ein. Dafür ist es notwendig, die Ausbildungsmöglichkeiten in der Stadt Salzburg auszubauen und im Pinzgau aufzubauen. Darüber hinaus wollen wir Maßnahmen setzen, die das Schnittstellenmanagement für eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen stationären und niedergelassenen Bereich sowie zwischen Fach- und Hausärzt:innen verbessern.

Pflegende Angehörige anstellen, unterstützen und ausbilden

Rund 80 Prozent aller Menschen mit Pflegebedarf werden ehrenamtlich zu Hause von ihren Angehörigen betreut. Oft tun sie das bis zur absoluten Erschöpfung. Wir wollen diesem Missstand entgegentreten und sprechen uns nach burgenländischem Vorbild dafür aus, pflegende Angehörige zum Mindestlohn von 2.000 Euro netto (inkl. Versicherung, Urlaubs- und Weihnachtsgeld) beim Land Salzburg anzustellen. Zusätzlich fordern wir, dass pflegenden bzw. betreuenden Angehörigen neben einer verpflichtenden Grundausbildung eine Heimhilfeausbildung angeboten wird. Dank dieser Ausbildung erwerben pflegende Angehörige die Qualifikation, auch im professionellen Pflegebereich tätig zu werden. Beide Ausbildungen soll das Land Salzburg zu 100 Prozent finanzieren.

Existenzsicherung in der Pflegeausbildung

Die Corona-Pandemie hat den bereits bestehenden Pflegefachkräftemangel vor den Vorhang geholt. Applaus allein und Marketingkampagnen reichen nicht, um Auszubildende für den Pflegeberuf zu gewinnen. Wie auch der Polizeiberuf sind die Pflegeberufe ein unverzichtbarer Pfeiler unserer Gesellschaft. Deshalb werden wir uns auf Landes- und Bundesebene bei der Ausbildung zu einem Pflegeberuf für eine existenzsichernde Ausbildungsentschädigung einsetzen, die jener von Polizeischüler:innen entspricht.

Landesstipendien für Pflegeausbildung

Es ist die Aufgabe des Landes, Pflegeausbildungsprogramme im Land Salzburg vollständig zu finanzieren. Das Stipendiensystem für Auszubildende muss schnellstmöglich ausgebaut werden.

Frauengesundheit muss mehr als nur Geburtshilfe sein

Zur Frauengesundheit gehört mehr als die Gynäkologie. Für die beste Gesundheitsversorgung fordern wir eine Anlaufstelle für Frauengesundheit in allen Bezirken. Denn obwohl Behandlungsmethoden auf das biologisch männliche Geschlecht zugeschnitten sind, gibt es sowohl mit Blick auf Krankheitssymptome als auch auf die Wirkung von Medikamenten deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

KULTUR & SPORT

Wer Zeit und Freiräume für die Kreativität der Menschen schafft, fördert die Entwicklung einer kreativen, kritischen und offenen Gesellschaft. Wir wollen daher die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen, damit in Salzburg neue Kunst entstehen kann und Kulturschaffende gut von ihrer Arbeit leben können. Auch der Sport hat eine zentrale Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Das gilt gleichermaßen für den Breitensport und den Spitzensport. Darum ist es uns ein Anliegen, die Belange und Bedürfnisse der Vereine vor Ort in den Mittelpunkt zu rücken. Für uns ist klar: Sport, Kunst und Kultur muss für alle Salzburger:innen zugänglich sein.

Kleine Kunst- und Kulturinitiativen besser unterstützen

Ob Festspiele oder freie Szene: Salzburgs Kunst- und Kulturstätten sind vielfältig und sorgen für großen kulturellen Reichtum in unserem Land. Diese Vielfalt muss entsprechend wertgeschätzt und unterstützt werden. Wir setzen uns daher für die Aufstockung des Kulturbudgets inklusive einer regelmäßigen Valorisierung der Beträge ein. So können wir allen Salzburger Kulturinitiativen und Einrichtungen eine sichere Zukunftsplanung ermöglichen.

Künstler:innen direkt fördern

Damit öffentliche Mittel auch direkt in die künstlerische Arbeit fließen, schaffen wir mithilfe einer systematischen Stipendienvergabe, bei der das Geld zu 100 Prozent bei den Kulturschaffenden ankommt, eine neue Säule.

„Fair-Pay“-Richtlinie ausbauen: Kultur ordentlich bezahlen

Vor allem für Betriebe der freien Kulturszene ist es oft sehr schwierig, ihre Beschäftigten ausreichend gut und fair zu bezahlen. Durch die Anhebung der öffentlichen Subventionen schaffen wir hier den notwendigen finanziellen Spielraum. Denn Kulturarbeit, insbesondere auch jene der freien Szene, muss geschätzt und entsprechend monetär entlohnt werden.

Freier Museumseintritt für Kinder, Jugendliche und Studierende

Im Salzburg Museum lernen Kinder, Jugendliche und Studierende Verschiedenes über unser Bundesland, um mehr über die Geschichte unserer Heimat zu erfahren. Sie sollten generell freien Zutritt zu diesem und allen anderen Museen mit Landesbeteiligung bekommen.

„Salzburg kann mehr“-Pass

Wir wollen einen Pass etablieren, mit dem Jugendliche, Menschen in Ausbildung, Senior:innen und einkommensschwache Personen landesweit in verschiedenen Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie Geschäften und Dienstleistungsbetrieben attraktive Ermäßigungen erhalten.

Konsumfreie Räume für junge Menschen

Wenn wir möchten, dass sich heranwachsende Salzburger:innen auch künftig mit ihrer Heimat identifizieren, müssen wir ihnen mehr Räume zur Verfügung stellen, in denen sie sich frei und ohne Konsumzwang entfalten können. Unsere Jugendlichen sind nicht auf Urlaub in Salzburg, sondern wachsen hier auf.

Ehrenamt fördern

Das Ehrenamt ist für uns eine zentrale Stütze des gesellschaftlichen Zusammenlebens und eine tragende Säule unserer demokratischen Gesellschaft. Wir stehen für die Stärkung und Unterstützung von ehrenamtlichen Tätigkeiten. Über die bestehende Förderung der Volkskultur hinausgehend sollen auch innovative Ideen zur Belebung der Gemeinden finanziell unterstützt werden.

Jedes Kind soll Skifahren lernen: Gratis-Skitageskarte für Kinder

Jedes Kind soll in Salzburg unabhängig von den finanziellen Mitteln seiner Eltern das Skifahren erlernen können. Wir setzen uns daher dafür ein, dass jedes Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahr insgesamt 10 Gratis-Skitageskarten bekommt – in allen Skigebieten, die sich an der Salzburger Super-Ski-Card beteiligen.

Jedes Kind soll schwimmen lernen: Kostenfreies Schulschwimmprojekt landesweit ausdehnen

Schwimmen rettet Leben. Darum ist es uns wichtig, dass Kinder so früh wie möglich schwimmen lernen. Wir fordern die landesweite Umsetzung des in der Stadt Salzburg sehr erfolgreichen kostenlosen Schulschwimmprojekts für alle Schulkinder in der zweiten Klasse. Die Sicherheit unserer Kinder darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Auch die vom Bund dafür versprochenen finanziellen Mittel sollen endlich nach Salzburg fließen.

Flachgauer Hallenbad (endlich) bauen

Nachdem wir als SPÖ lange auf das Flachgauer Hallenbad gedrängt haben, setzen wir uns nun für dessen rasche Umsetzung ein. Denn zu viele Flachgauer Kinder haben bis jetzt nicht die Möglichkeit, schwimmen zu lernen. Gleichzeitig sind sie aufgrund der Vielzahl an Seen einer großen Gefahr ausgesetzt. Der Bau darf keinesfalls an den Kosten scheitern. Das Land soll sich deswegen an den jährlichen Kosten des Hallenbads beteiligen.

Mehr Sitzbänke im öffentlichen Raum zum Rasten und Verweilen

Oftmals sind es die kleinen Dinge, die den Alltag erleichtern. Auf den täglichen Wegen kann es eine Hilfe sein, wenn man sich da und dort hinsetzen und ausruhen kann. Mit einer Offensive an zusätzlichen Sitzmöglichkeiten möchten wir die Mobilität zu Fuß in unserem Bundesland fördern.

Sportland Salzburg: Beachvolleyballzentrum Salzburg ermöglichen

Wir machen uns für die Errichtung eines Beachvolleyball-Trainingszentrums im Westen Österreichs mit Standort im Bundesland Salzburg stark.

Landesförderung für Multifunktionshallen

Viele Randsportarten verfügen über kaum ausreichend qualitativ hochwertige Trainingsbedingungen. Gerade in ländlichen Regionen wäre daher der gemeinsame Bau von multifunktionalen Sporthallen ein sinnvoller und ressourcensparender Weg, um sportliche Betätigung für alle zu ermöglichen. Denn Salzburg kann mehr als Fußball und Skifahren.

HEIMAT & REGIONEN

Die Mechanismen sind stets ähnlich: Zuerst gehen Post und Nahversorger, dann muss der Wirt zusperren und der Kindergarten schließen. Wer im ländlichen Raum lebt, kennt die Herausforderung. Denn ohne eigenes Auto werden tägliche Besorgungen zu einer kleinen Weltreise. In Salzburg treibt die Spekulation mit Grund und Boden nicht nur die Wohnpreise in die Höhe, sie sperrt die Salzburger Bevölkerung aus ihrer eigenen Heimat aus und schadet in zahlreichen Fällen auch der Natur. Der Bericht des Landesrechnungshofes zum politischen Versagen beim grünen Grundverkehr im Pinzgau und Lungau hat dies einmal mehr sichtbar gemacht. Wir treten daher entschieden gegen den Ausverkauf unserer Heimat auf und stehen an der Seite all jener, die täglich daran mitwirken, ihr Zuhause voranzubringen. Wir wollen daher eine Investitionsoffensive starten, die Salzburgs ländliche Regionen auf besondere Weise zugutekommt. Denn Salzburg kann mehr, als die Augen vor der Landflucht zu verschließen. Machen wir Regionalität wieder zu unserer Stärke!

Zersiedelung stoppen. Die Natur ist kein Investitionsobjekt

Unsere Landschaften und Naturjuwelen wie etwa der Nationalpark Hohe Tauern dürfen nicht ausgefranst werden. Stoppen wir die Zersiedelung. Bei der weiteren Entwicklung von Siedlungen, touristischen Anlagen und sonstiger Infrastruktur müssen wir darauf achten, unnötige Bodenversiegelung zu vermeiden. Insbesondere Versiegelungen für fremde Anleger:innen, die unser Land nur als Investment benutzen, gehört ein Riegel vorgeschoben.

Schutz der öffentlichen Seezugänge

Unser Land lebt von seiner landschaftlichen Schönheit und unsere Seen sind zu wertvoll dafür, dass es irgendwann einmal kaum noch öffentliche Bademöglichkeiten gibt. Die Verankerung des Zugangs der Allgemeinheit zu den Salzburger Seen als Staatszielbestimmung in der Landesverfassung kann nur ein erster Schritt sein. Darüber hinaus braucht es ein Verbot der Veräußerung von Seeufern, die in Landes- oder Gemeindebesitz stehen. Öffentliche Seeufer, die etwa wegen Verpachtung nicht allgemein zugänglich sind, müssen ebenfalls sukzessive zugänglich gemacht werden.

Grüner Grundverkehr: „Bauernland in Bauernhand“

Die nächste Landesregierung muss endlich ihrem Kontrollrecht nachkommen und sicherstellen, dass beim Vollzug des grünen Grundverkehrs die gesetzlichen Bestimmungen strikt eingehalten werden.

Regionale Gesundheitsversorgung sichern

Eine gute medizinische Versorgung darf nicht vom Wohnort abhängen. Wir wollen, dass allen Salzburger:innen eine gute Gesundheitsversorgung zugutekommt. Egal, ob sie in einem Zentralraum wohnen oder in einer weniger besiedelten Gegend. Wir bekennen uns daher zu allen regionalen Krankenhäusern und lehnen jegliche Schwächung ab.

Hausärztliche und fachärztliche Versorgung sicherstellen

Der Bedarf an Mediziner:innen muss auch in ländlichen Regionen gedeckt werden. Dazu braucht es ein umfassendes Versorgungskonzept und attraktive Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte. Wir fordern daher, dass Salzburgs Gemeinden mit Geldern aus dem Gemeindeausgleichsfonds unterstützt werden, wenn sie Mediziner:innen Räumlichkeiten für Ordinationen anbieten.

Ortskerne beleben und lokale Wirtschaft ankurbeln

Mit einer Erhöhung der Landesförderung zur Ortskernbelebung wollen wir der fatalen Entwicklung aussterbender Gemeinden verstärkt gegensteuern. Diese Förderung soll nicht nur Gemeinden und die Land-Invest, sondern auch Unternehmen und Privatpersonen beantragen können.

Jahrzehnt der Infrastruktur: Mobilität im ländlichen Raum stärken

Mobilität muss leistbar sein und allen verlässlich zur Verfügung stehen. Eine nachhaltige Verkehrswende wird nur gelingen, wenn die Salzburger Bevölkerung auf einen pünktlichen Nahverkehr mit entsprechend hoher Taktung zählen kann. Wir wollen die jahrzehntelange Benachteiligung des ländlichen Raums beenden und fordern eine Investitionsinitiative, von der insbesondere das öffentliche Verkehrssystem im Pongau, Pinzgau und Lungau profitiert.

Tierfreundliche Schweinehaltung

Wir wollen Maßnahmen setzen, Landwirt:innen mit Nutztieren, insbesondere Schweinen, den wirtschaftlich vertretbaren Umstieg auf tierfreundlichere Haltungsformen zu ermöglichen. Auf Bundesebene werden wir uns als Teil einer Landesregierung für das endgültige Verbot der Vollspaltenböden stark machen.

Tiertransporte drastisch reduzieren

Jährlich werden über 1,5 Milliarden Geflügeltiere und über 49 Millionen lebende Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde grenzüberschreitend innerhalb der EU sowie in und aus Drittstaaten transportiert. Das Leid der Tiere ist dabei enorm. Deshalb brauchen wir hier einen Systemwechsel. Tiere sollen zum Schlachten nur wenige Kilometer transportiert werden müssen. Auch wenn die österreichischen Standards im internationalen Vergleich streng sind, gibt es noch viel zu tun. Das Land Salzburg kann und muss einen Beitrag leisten, indem regionale Absatzmärkte gezielt gefördert werden.

24-Stunden-Notdienst für Haus- & Nutztiere

Im Bundesland Salzburg gibt es keine einzige Tierklinik, die einen 24-Stunden-Notdienst anbietet. Das muss sich dringend ändern.

SPÖ